

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Soziale Gerechtigkeit



CARITAS HEUTE:
Gemeinsamkeiten gesucht
Kriterien einer europäischen Sozialpolitik

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas



ISSN 1617-2434
G 5546





Liebe Leserin, lieber Leser,

wie viel darf ein Topmanager verdienen? Das 50fache des Durchschnittseinkommens seiner Angestellten? Das 200fache oder das 1 500fache? Ist der Maßstab die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens oder die persönliche Leistung des Chefs? Sollen sich Gehälter vervielfachen, wenn der Aktienkurs steigt – und gleichzeitig Mitarbeiter entlassen werden?

Diese Fragen werden längst nicht mehr nur im Wirtschaftsteil der Zeitung diskutiert. Der Mannesmann-Prozess hat einem staunenden Publikum den Eindruck von gierigen Managern mit extrem hohen Bezügen vermittelt. In scharfem Kontrast dazu stehen staatliche Kürzungen bei Sozialleistungen, zum Beispiel durch die Praxisgebühr auch für Sozialhilfeempfänger, zum Beispiel durch das geplante Arbeitslosengeld II, zum Beispiel durch die Steuerreform, von der die Arbeitsplatzbesitzer profitieren. Dem Sozialdumping wird das Lohndumping folgen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich stärker und stärker.

Gleichzeitig wachsen die Proteste gegen eine Politik des Sozialabbaus. Die Menschen gehen auf die Straße – übrigens europaweit. Wer glaubt, es handle sich nur um die Verteidigung von Privilegien, um Gruppeninteressen, liegt falsch. Die Menschen spüren, dass etwas aus dem Lot gerät. Sie wehren sich gegen einen Turbokapitalismus, der die Menschen aussaugt, die Gesellschaft zerreißt und die Demokratie gefährdet.

Der Politik und der Elite des Landes ist das Empfinden für Gerechtigkeit abhanden gekommen. Steuerhinterzieher werden geschont, Wirtschaftskriminalität nicht ausreichend bekämpft, gleichzeitig verfestigt sich Armut. 4,5 Millionen neue Sozialhilfe-Empfänger – Langzeitarbeitslose und ihre Familien – wird es im nächsten Jahr geben, zusätzlich zu den derzeit 2,7 Millionen. Auch das sind die „Reformen“ der Agenda 2010.

In einem Land, in dem Armut und Reichtum gleichermaßen stark wachsen, muss die Frage der sozialen Gerechtigkeit ernsthaft diskutiert werden.

Ihr



Markus Lahrman
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

Titelbilder: Zelck



(Neu-)Bestimmung 4
Soziale Gerechtigkeit in Zeiten ökonomischer Veränderungen

Das Geld ist schlecht verteilt 7
Interview mit dem katholischen Sozialethiker Friedhelm Hengsbach

Aus den Wurzeln der Gesellschaft 11
Solidarität und Gerechtigkeit in einer veränderten Welt

Neue Wirtschaftskonzepte 20
Von der (sozialen) Marktwirtschaft zur Gemeinwohl-Ökonomie



Debatte 15
Peer Steinbrück (SPD) versus Jürgen Rüttgers (CDU) zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“



Fachlichkeit neu definieren 24
Podiumsdiskussion zum Thema „Soziale Berufe“



Aachen	28	Münster	46
Essen	34	Paderborn	52
Köln	40		



Neue Bücher und Web-Tipps 58
Impressum 58



(Neu-)Bestimmung

Soziale Gerechtigkeit in Zeiten massiver gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen

Von Andreas Meiwes

Der Sozialstaat steht unter Dauerfeuer. Politik und Medien kritisieren „eingewöhnte Versorgungsmentalitäten“, fordern mehr Selbstvorsorge, Eigenbeteiligung und Eigenverantwortung des Einzelnen. „Fordern und Fördern“ lautet prompt die neue Maxime sozialstaatlichen Handelns. Wie passt das mit dem Prinzip der „sozialen Gerechtigkeit“ zusammen?

Die christliche Sozialethik betrachtet als „soziale Gerechtigkeit“ jene umfassende Gerechtigkeit, die am „gemeinen Wohl aller“, am Gemeinwohl, Maß nimmt (nach Karl Gabriel). Eine solche „gemeinwohlartige Wohlordnung“ besitzt eine Gesellschaft dann, wenn sie den Kriterien von Personalität, Solidarität und Subsidiarität entspricht. Heute müsste man wohl noch das Prinzip der Nachhaltigkeit hinzufügen (im Handeln stets das Wohl der kommenden Generationen mit im Auge zu haben). Diese kirchliche Soziallehre ist konstitutiver Teil der Glaubensverkündigung und greift auf zentrale biblische Vorstellungen vom Menschen in der Welt zurück.

Personalität

Der Mensch ist mehr als ein Individuum. Jeder Mensch ist Person. Personsein weist immer auch auf den anderen hin. Deshalb gehören die Individualnatur und die Sozialnatur im Menschen zusammen.

Jedem Menschen kommt aufgrund seiner Gottebenbildlichkeit grundsätzliche und unantastbare Würde zu. Als Mensch ist er ein soziales Wesen mit zahlreichen Beziehungen und Bezügen und damit eingebunden in die Gesellschaft. Die Gottebenbildlichkeit des Menschen ist Grundlage der personalen Gleichheit aller Menschen (vgl. Gal 3, 26-28). Im Heilsplan Gottes (vgl. Eph 1, 3-14) hat der Mensch seit der Schöpfung die zentrale Rolle inne. Er ist aufgerufen, die Schöpfung zur Vollendung zu führen. Das Wirken in der Welt ist Mitwirkung an der Vollendung des Reiches Gottes, das schon seinen Anfang genommen hat. Deshalb ist der Mensch das Maß auch für die Gesetze (vgl. Mk 2, 23-27).



Subsidiarität

Zunächst einmal ist jeder Mensch und jede kleinere menschliche Gemeinschaft für sich selbst verantwortlich. Erst dann, wenn die kleinere Einheit sich nicht mehr selbst helfen kann, darf die größere Gemeinschaft Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Wenn dieses Prinzip nicht beachtet wird, droht der assistenzialistische Staat. Das gilt für das Verhältnis zwischen Staat und Bürger, aber auch für die föderalen Strukturen in Deutschland zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Auf der individuellen Ebene fordert das Prinzip der Subsidiarität daher vom Menschen, zunächst seine eigenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Problemlösungskompetenzen zur eigenen aktiven Lebensgestaltung einzusetzen, und verhindert damit Fremdbestimmung, den vorschnellen Eingriff anderer Menschen und Institutionen.



Solidarität

Als Grundsatz für sozialetisches Handeln meint Solidarität wechselseitige Verbundenheit und Verantwortlichkeit: miteinander und füreinander. Jeder Mensch hat Anspruch auf die Solidarität der anderen. Solidarität greift dort, wo der Mensch als Einzelner überfordert ist und der mitmenschlichen und institutionellen Unterstützung bedarf.

Gemeinwohl

Gemeinwohl meint, das Ganze der Gesellschaft nicht aus dem Auge zu verlieren. Gemeinwohl fordert soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung der Gesellschaft, fordert Eigenverantwortung für das „bonum commune“ und nicht nur für den Eigennutz. Gemeinwohl bedeutet, auf eine kurze Formel gebracht: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“

Nach der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanischen Konzils (GS 26) beschreibt das Prinzip des Gemeinwohls „die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen ... Jede Gruppe muss den Bedürfnissen und berechtigten Ansprüchen anderer Gruppen, ja dem Gemeinwohl der ganzen Menschheitsfamilie Rechnung tragen.“

Gleichheit

Aus den zahlreichen anthropologischen Texten der Bibel lässt sich ein Menschenverständnis erheben, das in seinen Grundzügen eine „Trias“ bildet: Der Mensch ist – in gegenseitiger Durchdringung – ein personales, ein soziales und ein religiöses Wesen. Das gemeinsame Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 formuliert lapidar: Der Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ besagt: Angesichts real unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, bestehende Diskriminierungen aufgrund von Ungleichheiten abzubauen und allen Gliedern der Gesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen“ (Nr. 111). Wichtig ist das Stichwort: „allen Gliedern der Gesellschaft“! Eine Gesellschaft, die hinnimmt, dass in ihrer Mitte ein bestimmter Prozentsatz von Menschen ausgegrenzt wird, ist nicht sozial gerecht.

Kriterien für Sozialreformen

Reformen – auch im Sozialen – sind notwendig und unvermeidlich. Zur sozialen Gerechtigkeit gehört aber, dass sich alle Glieder der Gesellschaft daran beteiligen und nicht nur Geringverdiener und sozial Benachteiligte.

Für die Beurteilung der Sozialreformen hat der Deutsche Caritasverband inhaltliche Kriterien erarbeitet:

1. Auch und gerade in finanziell schwierigen Zeiten muss es in Deutschland ein tragfähiges unterstes soziales Netz für Menschen geben, die sich nicht selbst helfen können und die nicht durch vorgelagerte Sicherungssysteme abgesichert werden.
2. Dieses System darf soziale Notlagen nicht verfestigen, sondern muss die Betroffenen in ihren verbliebenen Ressourcen fördern, zur mindestens teilweisen Autonomie befähigen und ihre (Re-)Integration fördern.
3. Das Sozialsystem muss nachhaltig und auch unter ▶

Foto/Montage: Zelck



Andreas Meiwes ist Direktor des Diözesan-Caritasverbandes im Bistum Essen und Herausgeber von „Caritas in NRW“.

Schwerpunkt



Karikatur:
Thomas Plafmann

- ▶ den Bedingungen des demografischen Wandels finanzierbar sein.
- 4. Es muss transparent und verständlich sein und möglichst resistent gegen staatliche Eingriffe nach „Haushaltslage“ sein.
- 5. Die Leistungsfähigkeit der Bürger ist bei der Mitelaufbringung zu berücksichtigen, Belastungs- und Verteilungsgerechtigkeit sind zu wahren oder herzustellen, und Entsolidarisierungstendenzen muss entgegengewirkt werden.
- 6. Das Wunsch- und Wahlrecht der Bürger muss durch Subjektförderung, Trägerpluralität, Transparenz der Leistungs- und Qualitätsstandards gefördert werden.
- 7. Freigemeinnützige Anbieter sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen brauchen Rahmenbedingungen, die die Erzielung kostendeckender Preise für qualitativ gute und bedarfsgerechte Leistungen in einem fairen Wettbewerb – unterstützt durch ein deren Gemeinwohlcharakter wahrendes europäisches Wettbewerbsrecht – möglich machen, sie brauchen verlässliche politische und gesetzliche Perspektiven für ihre Personal-, Investitions- und Aufgabenplanung und insbesondere im Bereich der armutsbekämpfenden Dienste eine angemessene Unterstützung der öffentlichen Hand, ohne die den sich verschärfenden sozialen Gegensätzen nicht wirksam begegnet werden kann.
- 8. Dabei ist im Hinblick auf die zunehmende Verflechtung einzelstaatlicher und europäischer Sozialpoli-

tik – die durch die „Offene Methode der Koordination“ (OMK) mit den durch die Mitgliedstaaten umzusetzenden Leitlinien intensiviert wird – darauf zu achten, dass die Essenz des deutschen Sozial-schutzes nicht unterlaufen wird, sondern möglichst auch europafest wird.

Eine Ausrichtung auf die Maxime des „Forderns und Förderns“ würde dem Subsidiaritätsprinzip, aber auch den anderen Prinzipien der katholischen Soziallehre gerecht. In den gegenwärtig erlebbaren Umsetzungen der Reformgesetze drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass die sozialstaatlich ausgegebene Maxime des „Forderns und Förderns“ dazu benutzt wird, auf die „Modernisierungsverlierer“ massiven Druck auszuüben. Schon jetzt steigt die Anzahl der Klienten in den Beratungsdiensten der Caritas bei gleichzeitig erzwungenem Personalabbau messbar an. Verkürzt gesagt: Forderungen steigen, Förderung sinkt.

Erst in den letzten Wochen, als durch die Steuerschätzungen neue Milliardenausfälle bekannt wurden, forderten einige Politiker zum wiederholten Mal, die auftretenden Haushaltslöcher durch Kürzungen sozialer Leistungen zu schließen. Politiker, die geradezu gebetsmühlenartig immer wieder die gleichen Forderungen in dieser Richtung erheben, gibt es in allen Parteien. Sie gefährden nicht nur den Bestand an sozialer Gerechtigkeit, der bereits erreicht ist, sie müssen sich auch vorwerfen lassen, die sozialen Realitäten in unserem Land nicht zu kennen.

Das entspricht nicht dem christlichen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.

Wenn Politiker behaupten, dass es sich nirgendwo so bequem ohne Arbeit leben lasse wie in Deutschland, dann schlagen sie all jenen Arbeitslosen ins Gesicht, die seit Jahren vergeblich einen Arbeitsplatz suchen. Sie verkennen, dass einem Heer von Arbeitslosen eine vergleichsweise geringe Zahl offener Stellen gegenübersteht.

Wer nur den Sozialleistungsmissbrauch anprangert, der im Verhältnis zu Steuerhinterziehung und Steuer- vermeidung eine lächerlich untergeordnete Größe ist, versündigt sich gegen die soziale Gerechtigkeit. Solche Politiker (und Medien) handeln verantwortungslos und haben das Gemeinwohl aus dem Blick verloren.

Der Sozialstaat wird auch in den kommenden Jahren eine Baustelle bleiben. Die Caritas wird nicht aufhören können, unverantwortlichen „Abbau statt Umbau“ zu kritisieren. ◀

„Das Geld ist schlecht verteilt“

Friedhelm Hengsbach,

1937 in Dortmund geboren, trat mit 20 Jahren in den Jesuitenorden ein. Er gilt als einer der führenden Vertreter der christlichen Soziallehre. Hengsbach lehrt seit 18 Jahren Wirtschafts- und Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/M. und ist Leiter des dortigen Nell-Breuning-Instituts.

Katholischer Sozialethiker kritisiert die Reformpolitik der Bundesregierung und das Dogma vom „schlanken Staat“ – die Agenda 2010 fördere das Klima der Depression

Vehement predigt er gegen den Abriss des Sozialstaats. Engagiert kritisiert er die Umverteilung von unten nach oben. Gerechtigkeit, so der Frankfurter Jesuit Friedhelm Hengsbach, ist die uralte Frage der gerechten Verteilung zwischen Arm und Reich.

► *Professor Hengsbach, wie steht es mit der sozialen Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft?*

Verteilungsgerechtigkeit gilt als veraltet. Mit dem Bemühen, Gerechtigkeit neu zu definieren, soll eine Politik der sozialen Einschnitte und der Umverteilung nach oben gerechtfertigt werden! Wir müssen uns verabschieden von der Verteilungsgerechtigkeit – das sagt die Bundesregierung und übrigens auch die Gruppe, die das Impulspapier „Das Soziale neu denken“ im Namen der deutschen Bischöfe geschrieben hat. Eine weitere Umverteilung materieller Güter könnten wir uns nicht mehr leisten. Deshalb müsse Gerechtigkeit als Chancengerechtigkeit definiert werden.

► *Chancengleichheit reicht Ihnen nicht aus für soziale Gerechtigkeit?*

In der Begründung der sozialen Marktwirtschaft und auch aus der traditionellen christlichen Perspektive haben politische Verantwortungsträger immer betont, dass soziale Gerechtigkeit etwas mit Gleichheit zu tun hat. Die Gleichheit aller Menschen, unabhängig vom Geschlecht, vom Alter, auch von der Klasse, ist das ursprünglich Gemeinte. Die Gleichheit hat Vorrang vor der Differenz. Die soziale Differenz muss gerechtfertigt werden. Diese Selbstverständlichkeit hat sich geändert. Heutzutage sagt Wolfgang Clement, mehr Ungleichheit sei mehr Gerechtigkeit, weil größere Einkommensunterschiede zu mehr verteilbarem Wachstum führten.

► *Zu viel Gleichheit wäre schädlich? Aber was ist zu viel?*

Menschen sind unterschiedlich, haben unterschiedliche Begabungen, unterschiedliche Interessen und auch un-



Foto: Lahrmann

terschiedliche Energie. Die gilt es anzuerkennen. Die Frage ist nur: Wie breit ist der Korridor, in dem Ungleichheiten der Einkommen und Vermögen zugelassen werden? Das ist die Frage nach der Gerechtigkeit, die der Sozialphilosoph John Rawls gestellt und beantwortet hat. Er formuliert zwei Gerechtigkeitsgrundsätze. Der eine ist der Gleichheitsgrundsatz: Jeder hat das gleiche Recht auf ein gleiches System von Grundfreiheiten. Freiheit ist für alle gleich, sie wird einzig begrenzt durch die Freiheit der anderen. Auf der anderen Seite gibt es soziale und gesellschaftliche Unterschiede. Diese sind berechtigt, wahrscheinlich auch sinnvoll. Nach dem zweiten Gerechtigkeitsgrundsatz müssen vorhandene Barrieren für jeden überwindbar sein. Das nennt man Chancengleichheit. Sie schließt ein, dass Benachteiligte besonders gefördert werden, damit ihre Schwächen korrigiert werden. Außerdem müssen die am wenigsten Begünstigten sich in einer solch differenzierten Gesellschaft besser stehen als in einer völlig nivellierten Gesellschaft. Daraus kann man folgern, dass die unteren Einkommensschichten den Grad der Ungleichheit mit-



Schwerpunkt

Soziale Gerechtigkeit

▶ bestimmen. Den Korridor der Ungleichheit bestimmt also nicht zuerst der Vorstandsvorsitzende in der Top-etage der Deutschen Bank, sondern die Reinigungskraft in der Tiefgarage.

▶ *Wie soll das funktionieren?*

Ich darf nicht die Elite fragen, welche Einkommensdifferenzen einer demokratischen Gesellschaft entsprechen, sondern muss das unten abfragen. Das Empfinden der breiten Masse der Bevölkerung ist gewichtiger als die Einschätzung der Vorstände.

▶ *Wollen Sie eine „Neid-Debatte“ führen?*

Von einer Neid-Debatte reden diejenigen, die Gegenstand des angeblichen Neides sind. Kein Mensch würde doch bestreiten, dass eine verantwortungsvolle Position angemessen honoriert wird oder dass bestimmte Leistungen angemessen bezahlt werden. Wir müssen aber fragen, wer denn eigentlich wirtschaftliche Leistung bestimmt – und nach welchen Maßstäben.

Denn Einkommensunterschiede werden oft beliebig, machtbesetzt und traditionell gerechtfertigt. Die Erziehungsarbeit einer Frau, die zu Hause drei Kinder erzieht, ist danach keine wirtschaftliche Leistung. Wenn im kirchlichen Kindergarten erzogen wird, gilt dies auf dem Markt oder im öffentlichen Dienst als wirtschaftliche Leistung. Diese Definitionen sind jedoch keine Naturgesetze, sondern Ergebnis unseres Zusammenlebens und lassen sich also ändern.

▶ *In der Marktwirtschaft hängt das private Einkommen normalerweise von der Leistung des Einzelnen ab. Leistung soll sich lohnen!*

In der Regel wird die gesellschaftliche Vorleistung unterschätzt, die erbracht worden ist, bevor eine individuelle Leistung möglich wird. Dass die Eltern, die Freunde, die Gesellschaft durch die Schule und das Gesundheitssystem, durch öffentliche Ordnung und funktionierende Verkehrssysteme die Produktivität einer Arbeit überhaupt erst ermöglichen, das wird vergessen. Also könnte der Staat – und das tut er auch – durch Steuern und Abgaben einen Teil des privaten Einkommens wieder zurückverlangen. Heute wird das zunehmend bestritten. Alle Welt redet von Steuersenkungen. Viel zu sehr vernachlässigt wird in der öffentlichen Diskussion, dass der Staat berechtigt ist, den Ertrag dessen, was er in die Bürgerinnen und Bürger investiert hat, in Form von Steuern und Abgaben zurückzufordern.

Ein anderes Beispiel: Die Art und Weise, wie Erträge auf die einzelnen Leistungsträger eines gemeinsam erstellten Produkts verteilt werden, ist kein Naturgesetz. Die Lackierer in der Montagehalle, der Abteilungsleiter in der Designabteilung und der Vorstandssprecher eines Automobilkonzerns arbeiten alle an dem gleichen Produkt. Welchen Anteil der Einzelne daran hat, hängt auch davon ab, dass Männer eben mehr verdienen als Frauen, Kopfarbeit mehr wert ist als Handarbeit. Und dass diejenigen, die die Macht haben, das Gehalt festzusetzen, natürlich erst einmal ihren Anteil sichern.

▶ *Das wird gerechtfertigt mit der Verantwortung, die sie tragen.*

Müssen das 21 Millionen Euro im Jahr sein wie bei Herrn Ackermann, dem Chef der Deutschen Bank? Wer definiert das Ausmaß an Verantwortung? Wer bestimmt die Struktur der Entlohnung? Der Aufsichtsrat, den der Vorstand bestimmt? Oder der Vorstand, der sich selbst gleichsam Geld in die Tasche schiebt? Das müsste in einem gesellschaftlichen Prozess mehr reflektiert werden. Was ja auch durch den Mannesmann-Prozess in Gang gekommen ist. Denn ohne diesen Prozess gäbe es in Deutschland diese Debatte nicht ...

▶ *... weil nun Gehälter, Prämien und Abfindungen von Führungskräften breit reflektiert werden. Eine andere Frage: Wie weit hängt soziale Gerechtigkeit mit Demokratie zusammen?*

Die politische Beteiligungsgerechtigkeit ist für eine demokratische Gesellschaft grundlegend. Jeder und jede,

der und die seinen und ihren Lebensmittelpunkt hier hat, muss sich an den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen aktiv beteiligen und sich selbst vertreten können. Dazu braucht jeder eine materielle Sicherung. Das wäre eine Grundversicherung entsprechend dem soziokulturellen Bedarf, den jeder anmelden darf, um in dieser Gesellschaft auch als gleichberechtigtes Mitglied mitmachen zu können. Das wurde früher mit der Sozialhilfe abgegolten. Ich denke aber an ein kulturelles Existenzminimum, einen Mindestanteil am Einkommen und am Vermögen, das ein jeder als vollberechtigtes Mitglied in der demokratischen Gesellschaft beanspruchen kann.

Erst dann kommen die Möglichkeit und wahrscheinlich auch die Verpflichtung, durch eigene Arbeit sich den Lebensunterhalt zu erwirtschaften, der den eigenen Begabungen und Interessen entspricht. Das läuft über den Markt, den Arbeitsmarkt. Und hier gelten natürlich die Grundsätze der Leistungsgerechtigkeit gemäß den kollektiven Tarifvereinbarungen.

Aber die Gesellschaft entscheidet, welche Regeln für den Markt gelten und nach welchen Regeln andere Bereiche, die wahrscheinlich gesellschaftlich genauso notwendig sind, gestaltet und honoriert werden: private Hausarbeit, zivilgesellschaftliches Engagement ...

► *Irgendwoher muss das Geld doch kommen. Es gibt eine Überschuldungsproblematik bei Bund, Ländern und Kommunen. Es ist nicht genug Geld da!*

Das Geld ist schlecht verteilt. Die hohe Staatsverschuldung zeigt nur, dass in den öffentlichen Kassen kein Geld ist, nachdem es über Steuersenkungen zugunsten der Bereicherung privater Haushalte umverteilt wurde. Der Staat verschuldet sich nicht gegenüber den noch nicht Geborenen, sondern gegenüber denen, die über das entsprechende private Geldvermögen verfügen.

► *Die Argumente des Bundeskanzlers, mit der Agenda 2010 Arbeit billiger zu machen, damit viel mehr Menschen in Arbeit sind, halten Sie für einen Irrweg?*

Arbeit billiger zu machen, indem die Einkommen der Arbeitenden gekürzt werden, ist wohl kein intelligenter Beitrag, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Reformspektakel, die Ankündigung von Jahrhundertwerken haben den Menschen keinen Mut gemacht. Es war vorauszusehen, dass diese Art von Politik, die den Rentnern, den Kranken, den Versicherten, den Obdachlosen und den Langzeitarbeitslosen Einschnitte verordnet, ein Klima der Depression verbreitet, das krebbsartig ►

Foto/Montage: Zelck



”

Seit 25 Jahren demontiert man den Sozialstaat, baut die solidarischen Sicherungen ab, nennt das wie der Christdemokrat Merz ‚Befreiungsschläge‘, tut das alles mit dem Versprechen, danach werde es uns besser gehen, es werde mehr Arbeit geben. Doch die Zahl der Arbeitslosen ist in dieser Zeit von einer auf fünf Millionen gestiegen. Durch Sparen und noch mehr Steuersenkungen lässt sich die Karre nicht aus dem Dreck ziehen.

Friedhelm Hengsbach SJ

“



► wuchert. Es ist ein Irrweg zu meinen, Wirtschaftspolitik oder gesellschaftliche Zusammenhänge könnten nach dem Muster einer individuellen betriebswirtschaftlichen Rechnung begriffen werden.

Wer meint, die Leute seien nicht motiviert zu arbeiten, sodass man sie zur Arbeit nötigen müsse, hat die Bodennähe verloren. Der Agenda 2010 fehlen der Alltagskontakt und gleichzeitig die Perspektiven.

► *Wo liegen Perspektiven?*

Eine reife Industriegesellschaft müsste Ernst machen mit dem Umbau in eine Dienstleistungsgesellschaft: also nicht verbilligte Arbeitskräfte für Industrie, Exportwirtschaft und Konzerne heranschaffen, sondern neue Märkte in personennahen Diensten, Bildung, Gesundheit, Kultur erschließen. Und im ökologischen Umbau. Nicht Autobahnen und Brummis, sondern intelligente Verkehrssysteme, transnationale Schienensysteme. Oder verbesserte Energiesysteme, eine biologisch verträgliche Landwirtschaft. Das wären Zukunftsaufgaben, wodurch neue Arbeitsplätze entstehen könnten und sich die Lebensqualität der Menschen verbessert.

► *Sie würden also Schulden machen, um die öffentlichen Investitionen in Bildung und Gesundheit, in moderne Transporttechnologien und vielleicht auch in personennahe hoch qualifizierte Arbeit anzukurbeln?*

Jede innovative private oder öffentliche Investition wird vorfinanziert in der Erwartung, dass sie sich rentiert. Hier liegt die Aufgabe der Politik: Wie kann man dieses Vertrauen schaffen, dass solche Investitionen in personennahe Dienste, also im Gesundheits-, Bildungs- oder im Kulturbereich, sich rentieren? Der heikle Punkt liegt darin, dass ein Teil dieser so genannten neuen Märkte Grundrechtsansprüche sind. Man kann nicht einen ausschließlich privaten Bildungs- bzw. Gesundheitsmarkt aufmachen, obwohl die Wachstumsraten, die in diesen Bereichen erzielt werden, dazu anregen. Der Wellness- und der Kulturbereich zeigen, dass bei den Wohlhabenden ausreichende Kaufkraft vorhanden ist, die mobilisiert werden kann.

Als Demokraten sind wir davon überzeugt, dass ein Grundbestand solcher Güter unabhängig von ihrer Kaufkraft für alle verfügbar sein sollte. Dann muss der Staat sich die Mittel beschaffen, um solche Grundrechtsansprüche einzulösen.

► *Diese Art von Moral ist bei den wirtschaftlichen Eliten nicht gerade sehr populär?*

Die wirtschaftlichen Eliten finden sich nur widerwillig mit dem Sozialstaat, der Tarifautonomie und den solidarischen Sicherungssystemen ab. Sie sind auf die Strukturen der Solidarität nicht angewiesen, in denen Beiträge gemäß der Leistungsfähigkeit erhoben und Hilfeansprüche gemäß dem Bedarf eingelöst werden. Sie verfügen über ein ausreichendes Arbeitsvermögen, geballte Kaufkraft und wirtschaftliche Übermacht.

Mit der Agenda 2010 hat sich die politische Klasse dahin treiben lassen, einseitig den benachteiligten Bevölkerungsgruppen einen Teil ihres eh schon bedrohten Wohlstands zu entreißen. Sie hat gesellschaftliche Risiken individualisiert, privatisiert und die Solidarität deformiert. Dabei hat sie selbst nie die „Chance“, in vergleichbare riskante Lebenslagen der Arbeitslosigkeit, Armut und Krankheit hineinzugeraten. Trotz dieses als Reform inszenierten Skandals halte ich an dem Traum vieler Menschen aus dem Jahr 1989 fest, dass persönliche Freiheit und Wohlstand für alle, Demokratie und Kapitalismus miteinander versöhnt werden können – und zwar weltweit.

► *Vielen Dank für das Gespräch!* ◀

Das Interview führten Alfred Hovestädt und Markus Lahrmann.

Karikatur:
Thomas Plafmann



„Aus den Wurzeln der Gesellschaft“

Solidarität und Gerechtigkeit in einer veränderten Welt – und was das für die Wohlfahrtsverbände bedeutet

Von Warnfried Dettling

I. Der Wandel der Gesellschaft und die Reform des Sozialstaates

Deutschland sieht sich, wie andere Industriegesellschaften auch, seit längerer Zeit tief greifenden Veränderungen gegenüber. Die traditionelle Arbeitswelt löst sich langsam auf. Familien werden weniger. Die Gesellschaft altert. Die traditionellen Milieus, in denen Solidarität gelehrt, gelernt und gelebt wurde, werden schwächer. Die Gesellschaft der Zukunft wird vermutlich mehr Solidarität brauchen und, wenn alles so weiterläuft, weniger davon haben. Wer eine solche Entwicklung verhindern möchte, muss das Soziale neu denken.¹

Die Reform betrifft erstens den Sozialstaat als *Sozialversicherungsstaat*. Der Sozialstaat kann nicht mehr den Lebensstandard der Menschen sichern in jenen Phasen, in denen sie nicht (mehr) arbeiten können: im Alter, bei Krankheit, wenn sie arbeitslos sind. Das aber war das große Versprechen seit Bismarck. Heute muss neu verhandelt werden, was der Staat an sozialer Sicherheit garantieren kann und was er den Einzelnen und den gesellschaftlichen Kräften überlassen muss. Es geht um eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen dem Staat, der betrieblichen Sozialpolitik und der Eigenvorsorge der Bürger.

Die Reform des Sozialstaates betrifft zweitens den Sozialstaat als *Fürsorgestaat*, insbesondere durch die Zusammenführung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe. Wie kann er so gestaltet werden, dass er die Menschen aktiviert und die Solidarität in der Gesellschaft stärkt?

Wenn die Gesellschaft auseinander fiel in zwei Teile: in jene Aktiven, die Fürsorge bezahlen, und in jene Passiven, die von der Fürsorge leben, und wenn beide Teile sich nichts mehr zu sagen hätten außer Ressentiments und Vorurteilen („Sozialschmarotzer“ oder „soziale Demontage“), dann wären die Bedingungen der Möglichkeit künftiger Solidarität nachhaltig gefährdet. Es kommt deshalb darauf an, die Solidarität wo immer möglich auf *Gegenseitigkeit* zu organisieren: Jeder in Not hat Anspruch auf Hilfe; und jeder, dem geholfen wird, hat die Pflicht, nach Kräften etwas zurückzugeben.

Die Reform des Sozialstaates betrifft drittens die *Arbeitsbeziehungen*. Auch hier hat der Sozialstaat die doppelte Aufgabe, die Menschen zu schützen und sie zu aktivieren. Eine dynamische Wirtschaft liegt auch im sozialen Interesse. Es müssen neue Methoden erfunden werden, den Wünschen des Einzelnen (nach Sicherheit), der Unternehmen (nach Flexibilität) und der Gesellschaft auf Wachstum und Wohlstand gemeinsam Rechnung zu tragen („Flexicurity“).

Und es bedarf viertens der Ergänzung des Sozialstaates durch eine sozial aktive Bürgergesellschaft. Es geht um die *Wiedergewinnung des Sozialen aus den Wurzeln der Gesellschaft*. Der Grundgedanke ist aus der Ökologie wohl vertraut. Natürliche und soziale Ressourcen erneuern sich nicht von selbst. Das Ehrenamt und überhaupt das freiwillige Engagement gewinnen eine ganz neue Bedeutung.

II. Beteiligungsgerechtigkeit, soziale Inklusion und wechselseitige Verpflichtung

Was hält nun diese vier Reformfelder zusammen? Es ist zum einen eine neue Fokussierung der Sozialpolitik: Ihre wichtigste Aufgabe besteht künftig darin, die Ausgrenzung von Menschen und eine soziale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Und es ist zum anderen Verständnis eine zeitgemäße Antwort auf die Frage: Was heißt Gerechtigkeit, was bedeutet Solidarität im 21. Jahrhundert? Es ist die Ergänzung der bekannten



Dr. Warnfried Dettling lebt als freier Autor und Berater in Berlin. Er ist einer der Autoren des Bischofswortes „Das Soziale neu denken“ (2003).

¹ Die deutschen Bischöfe, Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen: *Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik*, 12. Dezember 2003 (Herausgeber: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonner Talweg 177, 53129 Bonn)

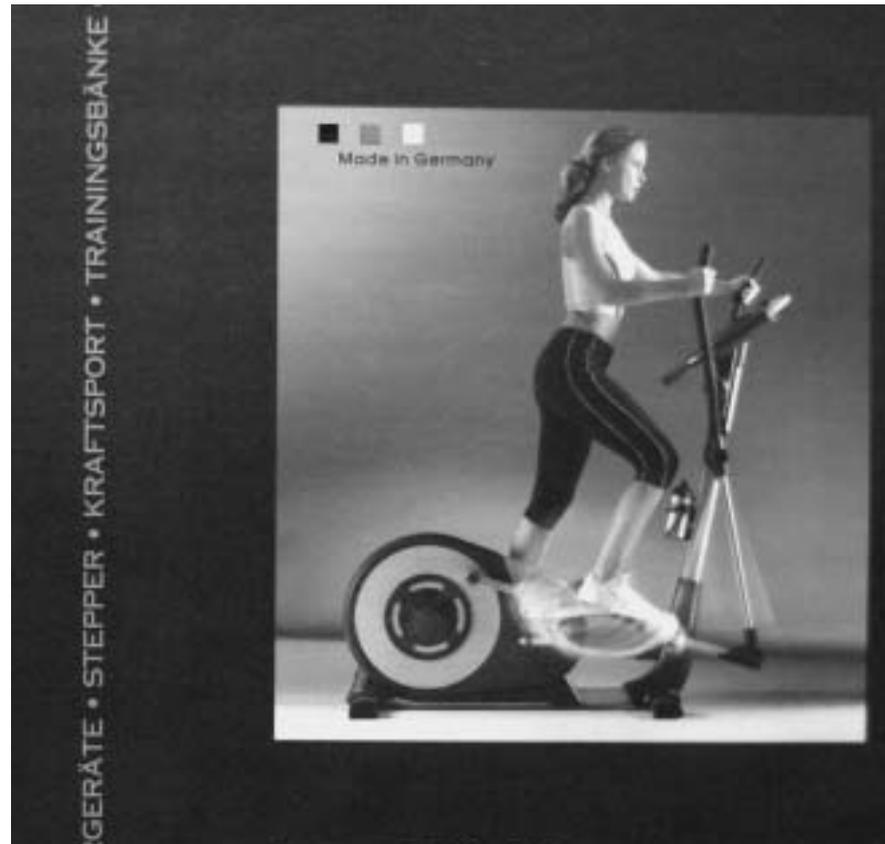


Schwerpunkt

Soziale Gerechtigkeit

- Gerechtigkeitskonzepte um die Idee der *Beteiligungsgerechtigkeit*. Was ist damit gemeint? Das Konzept „Beteiligungsgerechtigkeit“ enthält eine analytische Prognose: Sich selbst überlassen, führen die großen Megatrends dazu, dass die Gesellschaft insgesamt zwar reicher wird, dass aber auch ganze Gruppen abstürzen, abgehängt werden, aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Sozialer Ausschluss, also eine Unterschichtung der Gesellschaft, von der immer die gleichen Gruppen und Stadtviertel betroffen sind – und das über Generationen hinweg: Das ist die große Gefahr, das wäre das soziale Ärgernis des 21. Jahrhunderts. Und „Beteiligungsgerechtigkeit“ meint zum anderen eine regulative Idee: die Gesellschaften so zu gestalten, dass niemand ausgeschlossen wird, jeder an der Entwicklung der Gesellschaft mitarbeiten kann. Jeder hat ein Recht auf eine sinnvolle Aufgabe. Jeder kann etwas. Jeder hat Fähigkeiten, die die Gesellschaft bereichern. Jeder hat aber auch die soziale Pflicht, sich in das Gemeinwesen einzubringen, so gut er kann, so wie der Staat die Pflicht hat, den Menschen immer wieder Chancen dazu zu öffnen. Es entsteht eine Gesellschaft, bei der Gerechtigkeit nicht auf materielle Fragen beschränkt bleibt und Solidarität mehr ist als ein Kampfbegriff der einen gegen die anderen. Es entsteht eine *Gesellschaft der wechselseitigen Verantwortung und Verpflichtung*. Sie zu begründen, braucht es einer neuen Philosophie der Gerechtigkeit, die die Freiheiten, Fähigkeiten und Verwirklichungschancen der Menschen in den Mittelpunkt stellt.² In diesem Lichte gewinnt die Reform des Wohlfahrtsstaates Sinn und Perspektive. Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, dass eine partielle Umverteilung notwendig ist: von den hoch produktiven Sektoren der Wirtschaft in die weniger produktiven Sektoren der

² Amartya Sen: *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, Büchergilde Gutenberg, Carl Hanser Verlag, München 1999, S. 110ff.



Gesellschaft; vom Sozialstaat in den Bildungsstaat; von denen, die viel haben, zu denen, die wenig oder nichts haben; von Vergangenheitssubventionen in Zukunftsinvestitionen. Ohne Umverteilung geht es nicht. Aber sie ist nicht länger der Königsweg zu mehr Wohlfahrt, und sie hat schwer wiegende negative Folgen. Eine Gesellschaft, die ihre politische Aufmerksamkeit und ihre knappen finanziellen und moralischen Ressourcen auf Umverteilung und nicht auf Wachstum konzentriert, bleibt hinter ihren wirtschaftlichen *und* sozialen Möglichkeiten zurück: Sie wird ihre ökonomischen *und* ihre sozialen Ziele verfehlen. Wenn alle mit der gerechten Verteilung des Kuchens beschäftigt sind und keiner mehr fragt, wie er größer werden könne und alle etwas davon haben, dann ist der wirtschaftliche *und* soziale Niedergang vorprogrammiert. Sinn und Zweck einer sozialen Politik liegen nicht länger primär in der Verteilung, sondern in der Mehrung und in der Verbesserung: von Arbeit und Bildung, von Chancen und Teilhabe. Der Zweck einer sozialen Politik sind die Wachstumschancen von Mensch, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Anforderungen an eine solche Politik werden rasch deutlich, aus der biografischen Perspektive des Einzelnen wie aus der Perspektive der modernen Gesellschaft mit all ihren Chancen und Risiken. Es geht einmal darum, dem sozialen Absturz entgegenzuwirken, und das, wenn nötig, gerade bei jungen Menschen



Foto/Montage: Zelck

wortung zurückziehen. Steuern, nicht rudern, so könnte die neue Maxime für den Staat lauten. Der Staat sollte sich als Anbieter und Betreiber zurückziehen und sich auf Kontrollfunktionen, Rahmenbedingungen, auf Finanzierungs- und Qualitätsfragen konzentrieren und, wo nötig, einen Rechtsanspruch und soziale Kaufkraft sichern. Der Staat verlässt als produzierender Staat die Bühne, und er betritt sie wieder als aktivierender, Rahmen setzender, das Gemeinwohl einfordernder und, wo nötig, die soziale Kaufkraft sichernder Staat.

Der Wandel der Gesellschaft bringt den Wohlfahrtsverbänden neue Herausforderungen, aber auch neue Chancen.

Zwei Drittel der Erwerbstätigen

arbeiten in der lokalen Wirtschaft. Hier liegen die Wachstums- und Beschäftigungspotenziale, auch für die Wohlfahrtsverbände. Es wird gerade hier Wachstum geben, mehr Arbeit und Beschäftigung, aber nicht zu den gegenwärtigen Bedingungen. Der Trend zur Deregulierung (bei Tarifen etc.) wird sich nicht aufhalten lassen. In Dänemark zum Beispiel gibt es keinen Kündigungsschutz und keine gesetzlichen Arbeitszeitregelungen, weil das, wie die Dänen glauben, besser sei für kleine und mittlere Unternehmen und mehr Menschen in Arbeit bringe, und der Erfolg gibt ihnen Recht. Die lokalen Arbeitsmärkte werden wachsen, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Pflege, aber sie werden weniger reguliert wachsen.

Schließlich haben die Veränderungen eine für die freie Wohlfahrt heikle Entwicklung mit sich gebracht: die so genannte Ökonomisierung der sozialen Arbeit. Wie behaupten sich die Unternehmen der Caritas und der Diakonie im Wettbewerb, der sich in den zentralen Leistungsfeldern – politisch gewollt – durchsetzt, in Europa und möglicherweise darüber hinaus? Eines ist klar: Der Wettbewerb bei den sozialen Diensten ist da, er wird stärker, und er wird grenzüberschreitend sein. Es ist dies eine Entwicklung, die von vielen als Kommerzialisierung kritisiert wird. Der Mensch wird zur Ware vor allem dann, wenn er als Kranker oder der Pflege Bedürftiger am schwächsten ist.

durchaus auch mit einer gewissen „tough love“, also mit einer Mischung aus Zuwendung und Härte. Ein Staat, der gesunden jungen Menschen Geld ohne Gegenleistung gibt, handelt unsozial. Und es geht zum anderen darum, die Mobilität der Menschen nach oben immer wieder offen zu halten, Übergänge zu erleichtern und die Menschen in kritischen Lebenspassagen zu unterstützen. Es kommt darauf an, zu verhindern, dass der soziale Fahrstuhl nach unten durchknallt, und dafür zu sorgen, dass er für alle nach oben immer wieder zu besteigen ist. Das bedeutet: weniger Geld in die Sicherung von Lebenslagen und mehr Geld in die Flankierung von riskanten Übergängen. Wenn das Leben der Menschen nicht mehr linear verläuft, muss Gerechtigkeit neu und umfassender definiert werden: nicht mehr nur zwischen Gruppen und nicht mehr nur für die Start- und Jugendphase, sondern auch Gerechtigkeit zwischen denen, die drinnen, und denen, die draußen sind, zwischen den organisierten und den nicht organisierten Interessen (Gemeinwohl), zwischen den Lebenden und den Kommenden (Generationengerechtigkeit).

III. Wohlfahrtsverbände zwischen Staat, Markt und Bürgergesellschaft

Was bedeutet das alles für die Wohlfahrtsverbände? Der Staat allein kann nicht alle sozialen Probleme lösen, aber er kann sich auch nicht aus der öffentlichen Verant-



Schwerpunkt

Soziale Gerechtigkeit

- Es ist notwendig, hier zu differenzieren: Ökonomisierung kann bedeuten: ökonomisch denken, mit Ressourcen vernünftig umgehen. Das ökonomische Prinzip besagt: mit den gegebenen Mitteln möglichst viel erreichen oder: ein angestrebtes Ziel mit möglichst wenig Mitteln erreichen. Das Gegenteil wäre Verschwendung – von Zeit, Geld, Personal ... Es ist angesichts der Milliarden Umsätze und der Millionen Beschäftigten im Bereich der freien Wohlfahrtspflege ganz und gar unwahrscheinlich, dass ökonomisches Denken und Handeln (im Sinne von: sparsamer, schonender Umgang mit Ressourcen jeder Art) *nicht* Einzug hält und halten muss. Andererseits: Ein reines Marktsystem hat sich bisher in der sozialen Arbeit nicht durchgesetzt; es ist unwahrscheinlich, dass es kommen wird; vor allem: Es wäre normativ nicht wünschenswert, dass es kommt. Von einem reinen Marktsystem („Neoliberalismus“) könnte man nur dann sprechen, wenn Angebot und Nachfrage ausschließlich durch privat-autonome Entscheidungen gesteuert würden. Die Frage aber, wer soziale Kaufkraft haben soll, wie also die Nachfrage und deren Finanzierung aussehen sollen, wird auch in Zukunft durch demokratisch legitimierte Instanzen entschieden werden. Was kommt, ist kein reines Marktsystem,

aber mehr Wettbewerb auf der Anbieterseite – und andere Formen der Finanzierung (von der Zuwendung zu Leistungsverträgen). Dabei fällt der öffentlichen Hand die Aufgabe zu, Leistung, Entgelt und Qualität im direkten Zusammenhang zu bewerten. Ein offensiver Preiswettbewerb bringt die Gefahr mit sich, dass er zu Lasten der betreuten Menschen geht. Es braucht deshalb neuer Regulierungen, die den Qualitätswettbewerb sicherstellen.

In dieser Lage könnten die Wettbewerbsvorteile von Caritas und Diakonie im Rahmen einer Unternehmensstrategie von „Ökonomie plus“ gesehen werden. Viele Menschen achten nicht nur auf die Qualität von Gütern und Diensten, sondern schauen sich auch das Unternehmen an, das dahinter steht: Von welchen Werten lässt es sich leiten? Außerdem könnte es Caritas und Diakonie leichter fallen, ehrenamtliche Potenziale zu aktivieren. Schließlich sind und bleiben sie als „Sozialanwalt“ ohne Alternative. Es ist eine offene Frage, ob die Idee der Gerechtigkeit auch in Zukunft über die soziale Landschaft leuchten wird. Keine offene Frage ist es hingegen, dass sie nur dann eine Chance haben wird, wenn es gelingt, das Soziale neu zu denken – und anders zu organisieren. ◀

Das Buch zum Thema dieses Beitrages:
Wamfried Dettling:
Die Stadt und ihre Bürger. Neue Wege in der kommunalen Sozialpolitik: Grundlagen, Perspektiven, Beispiele.
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2001.

Foto/Montage: Zelck





Aus eigener Kraft

Bildung und Betreuung verbessern, den Einzelnen stärker fordern und soziale Sicherheit erhalten – das sind Akzente für soziale Gerechtigkeit heute

Von Peer Steinbrück

„Soziale Gerechtigkeit“ – das ist nicht irgendein Thema, über das man nachdenken kann oder auch nicht. Es gehört zu den großen, drängenden Fragen der Menschheit, die uns seit Jahrtausenden beschäftigen – und vermutlich wird sich daran auch in Zukunft nichts ändern. Insofern sollte niemand so vermessen sein zu glauben, er habe die endgültige Antwort darauf gefunden, wie eine gerechte Gesellschaft auszusehen hat.

Dennoch kommen wir an einer jeweils aktuellen Positionsbestimmung nicht vorbei, weil wir wissen: Nein, soziale Gerechtigkeit hat man nicht ein für alle Mal. Wir müssen uns immer wieder neu darauf verständigen, worin sie besteht, und uns immer wieder neu anstrengen, sie zu erreichen. Wir müssen beides heute unter den Bedingungen einer modernen, hoch entwickelten Gesellschaft tun, die im weltweiten Wettbewerb steht, die einen historisch einmaligen demografischen Wandel durchmacht und in der die finanziellen Spielräume des Staates außerordentlich eng sind. Ich sehe in einem so skizzierten Rahmen vier zentrale Ansatzpunkte für soziale Gerechtigkeit:

Erstens: Wir müssen dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen ihr Leben aus eigener Kraft gestalten können. Das heißt konkret: Wer früh gefordert wurde, dessen Lebenschancen sind besser als die Chancen desjenigen, dessen Bildungsweg weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Wer früh zu lernen gelernt hat, wer früh seinen Interessen gemäß gefördert wurde, der wird auch als Erwachsener aktiv nach für ihn geeigneten Bildungs- und Informationsangeboten suchen. Der wird viel eher in der Lage sein, sich umzuorientieren, wenn seine berufliche Situation es erfordert, und der wird auch als älterer Mensch mehr Einfluss auf seine Lebensumstände nehmen können. Frühe Förderung darf darum nicht länger vom Zufall der Geburt abhängen. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, allen Kindern möglichst früh Perspektiven zu eröffnen. In Deutschland ist es bis heu-

te nicht gelungen, die Prägung durch soziale Herkunft – und damit ihre Auswirkung auf die Bildungsbiografie, auf sozialen Aufstieg und spätere Verdienstmöglichkeiten – durch die Schulbildung auszugleichen. Wir müssen deshalb allen Kindern schon im Vorschul- und im Grundschulalter die Teilnahme an qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten ermöglichen. Denn wir wissen, dass die Kinder gerade in diesem Alter besonders lern- und aufnahmebereit sind. Generell müssen wir das Prinzip des Aussortierens gegen das Prinzip früher Ermutigung austauschen. Die frühe Förderung ist eine fundamental wichtige Aufgabe, wenn wir unsere Kinder zu selbstständigen, selbstbewussten und mündigen Menschen erziehen wollen.

Zweitens: Es gibt Bereiche, in denen die gesellschaftliche Realität staatlichem Handeln weit voraus ist. Viele Familien organisieren sich schon lange selbst, um Beruf und Familienleben miteinander verbinden zu können – bislang, ohne dass der Staat oder die Politik adäquat darauf reagiert hätte. Dabei müssen wir erkennen, dass die Bereitschaft von gut ausgebildeten Frauen, ihr Wissen zum Wohl der Gesellschaft einzusetzen, uns allen zugute kommt. Wenn es ganz normal wird, dass Frauen arbeiten und Kinder haben, dann wird der Gewinn für unsere Gesellschaft aber noch weitreichender sein. Wir können damit rechnen, dass Frauen, die ihre Qualifikation einbringen, nicht nur die Innovationskraft und den Wohlstand unseres Landes stärken, sondern dass Frauen, die eine realistische Perspektive haben, Beruf und Familie miteinander zu verbinden, sich auch wieder eher für ein Leben mit Kindern entscheiden werden. Tatsache ist aber, dass es derzeit gut ausgebildete Frauen mit der Berufstätigkeit schwer haben, weil es in Deutschland keine ausreichenden Betreuungsangebote für Kinder gibt. Mit der „offenen Ganztagsgrundschule“ werden wir in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2007 die Anzahl der Ganztagsbetreuungsplätze für Schulkinder verfünffa-



Peer Steinbrück (SPD)
ist Ministerpräsident von
Nordrhein-Westfalen.



► chen. Auch die Bundesregierung hat die Verbesserung der Kinderbetreuung als wichtige Aufgabe erkannt. Drittens: Unsere Gesellschaft muss sich ein neues Verständnis davon erarbeiten, was soziale Gerechtigkeit in der Zukunft bedeuten kann. Heute wird soziale Gerechtigkeit in Deutschland zu oft als bloße Gewährleistung sozialer Transfers verstanden. Deutschland ist „Weltmeister“ im Ausschütten sozialkonsumtiver Leistungen wie Renten und Leistungen bei Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit. Allein 2001 waren es nach Berechnungen der OECD 700 Milliarden Euro, das ist so viel, wie kaum eine andere westliche Industrienation aufgewandt hat. Trotzdem liegen wir eher im letzten Drittel bei den Ausgaben, die den Einzelnen befähigen, seine Lebenschancen wahrzunehmen, also bei Ausgaben für Bildung, Kinderbetreuung usw. Diese Zahlen müssen nachdenklich stimmen. Denn sie bedeuten, dass wir in unserem Bemühen, Gegensätze abzubauen und soziale Gerechtigkeit herzustellen, mehr erreichen können, wenn wir einen anderen Schwerpunkt als bisher setzen. Heute geht es nicht mehr allein um die Verteilung und Höhe von Geldleistungen des Staates, sondern es geht vor allem um Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. Wir brauchen deshalb dringend eine Umschichtung der sozialen Transfers hin zu sozialinvestiven Leistungen. Denn soziale Gerechtigkeit bedeutet zunächst einmal, möglichst viele in die Lage zu versetzen, das soziale Netz überhaupt nicht in Anspruch nehmen zu müssen.

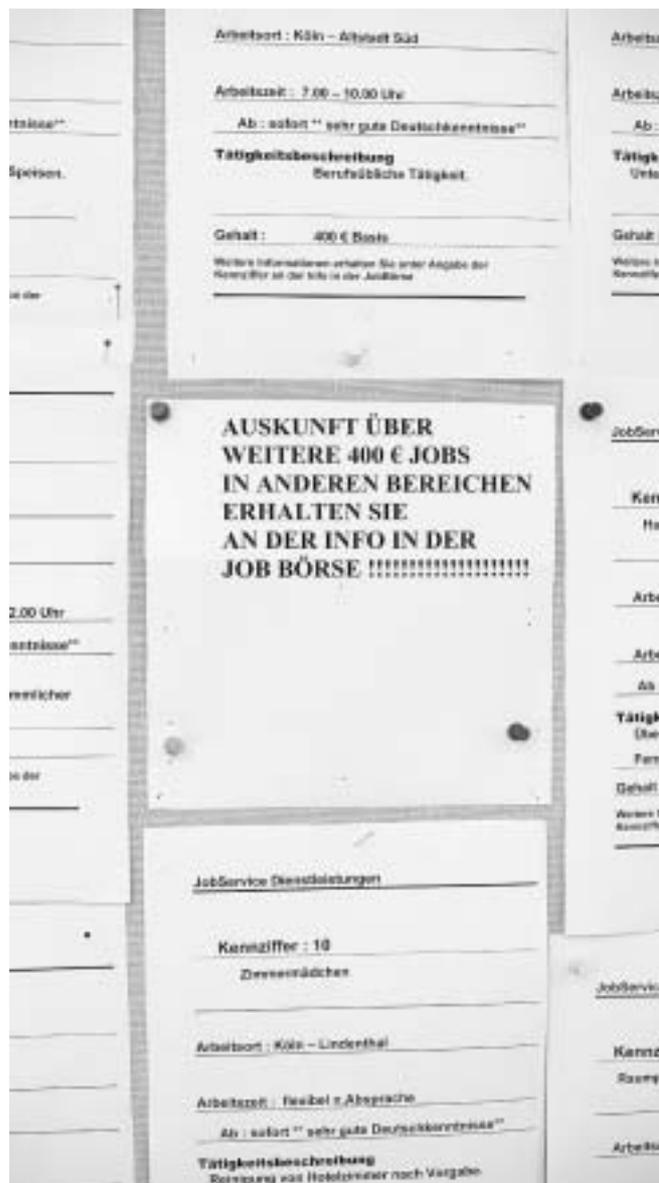
Soziale Gerechtigkeit heißt aber auch, dass sich jeder Einzelne sozial verantwortlich gegenüber der Gemeinschaft verhält. Wer staatliche Angebote ausschlägt, die ihn dazu befähigen sollen, seine Lebenschancen selbstständig und eigenverantwortlich wahrzunehmen (Bildung, Vermittlung in Erwerbstätigkeit), der darf nicht mit einer gleich bleibenden Solidarität der Gemeinschaft rechnen. Die Solidargemeinschaft muss ihrerseits dafür sorgen, dass künftig wieder mehr Menschen in Beschäftigung kommen; sie muss in Bildung, in Forschung und in Innovationen investieren, um die Zukunft aller zu sichern und gleiche Bildungschancen für alle zu garantieren. Und noch etwas muss die Gemeinschaft gewährleisten:

Wer etwas wagt und damit scheitert, der darf nicht zum Außenseiter werden, sondern den muss die Gesellschaft auffangen und ihr oder ihm eine zweite, ja sogar eine dritte Chance gewähren.

Viertens: Soziale Gerechtigkeit soll auch in Zukunft eines heißen: praktische Solidarität. Deshalb müssen

die Systeme sozialer Sicherung – auch entgegen allen Unkenrufen und negativen Prognosen – Bestand haben. Nur auf dem Grund sozialer Sicherheit kann eine Wissensgesellschaft gedeihen, entstehen Innovationen und gibt es Risikobereitschaft, nicht in einem Klima von Angst und sozialem Gegeneinander.

Die Caritas gehört zu den herausragenden Einrichtungen, denen wir es verdanken, dass in unserer Gesellschaft diese Sicherheit erhalten bleibt, dass unsere Gesellschaft ein menschliches, solidarisches Gesicht behält. Den vielen Frauen und Männern, die dafür in den Einrichtungen der Caritas arbeiten, gebühren darum Respekt, Anerkennung und Dank. ◀



Foto/Montage: Zelck

Ganz eigener Wert

Wichtig für eine Gesellschaft sind nicht nur die Starken, Gesunden und Reichen – wichtig sind alle, auch die Schwachen

Von Jürgen Rüttgers

Was ist soziale Gerechtigkeit heute? Die Frage danach, was Gerechtigkeit ist, beschäftigt die Menschen schon seit Jahrhunderten. Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist mehr als nur materielle Gerechtigkeit, obwohl er heute oft fälschlich darauf reduziert wird.

Er bedeutet auch nicht eine absolute Gleichbehandlung der Menschen. Nach unserer Rechtsordnung sind gleiche Sachverhalte gleich zu behandeln. Aber die Menschen sind nicht alle gleich. Zur christlichen „conditio humana“ gehört vielmehr, dass die Menschen unterschiedlich sind. Alle haben verschiedene Ausgangsbedingungen, sei es nationaler, kultureller oder auch biologischer Art. Das kann keine Politik der Welt verändern.

Soziale Gerechtigkeit trägt gerade dieser Unterschiedlichkeit Rechnung und erkennt jedem Mitglied unserer Gesellschaft seinen ganz eigenen Wert zu. Sie ist ein Grundprinzip unserer Gesellschaft, das für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben der Menschen in der Gemeinschaft sorgt. Das bedeutet, dass es neben dem Wohl des Einzelnen vor allem auch um das Wohlergehen der gesamten Gemeinschaft geht, zu dem jedes Mitglied beiträgt. Soziale Gerechtigkeit ist damit Gegengewicht und Ausgleich zum Prinzip des Sozialdarwinismus, des „Überlebens des Stärkeren“. Wichtig für eine Gesellschaft sind nicht nur die Schnellen, die Intelligenten, die Starken, die Gesunden, die Reichen und die Schönen. Wichtig sind alle, auch die Schwachen.

Allerdings könnte man heute, hört man die Aussagen mancher Politiker, zu dem Schluss kommen, dass diejenigen, die alt, krank oder behindert sind, als „wertlos“ angesehen werden, weil sie keinen wirtschaftlichen Beitrag (mehr) zum Wohlergehen der Gesellschaft leisten. Dabei wird offensichtlich vergessen, dass ihre Erfahrung, ihre Kreativität, ihre Liebens-Würdigkeit, im besten Sinne ihre Menschlichkeit einen Wert ausmachen, der nicht mit Geld aufzuwiegen ist. Gerade durch die Verschiedenartigkeit der Menschen, ihrer Charaktere und Fähigkeiten entwickelt sich unsere Gesellschaft, werden neue Impulse gesetzt, können wir uns Veränderungen anpassen.

In diesem Sinne kann man soziale Gerechtigkeit umschreiben als das sorgfältig austarierte Gleichgewicht zwischen „jedem das Seine“ und „jeder das Seine“, ▶





- ▶ also zwischen dem Anspruch des Einzelnen auf Anerkennung und Hilfe einerseits und seiner Pflicht zur Übernahme von Verantwortung für sich und sein Leben andererseits.

Jeder Einzelne muss für sich Verantwortung übernehmen und zu seinem eigenen und zum Wohlergehen der Gesellschaft das beitragen, was ihm möglich ist. Würde sich jeder nur auf die anderen verlassen und selbst nichts tun, würde am Ende gar nichts mehr gehen.

Zu dem Leben in der Gemeinschaft gehört es dann aber umgekehrt auch in elementarer Weise, dass die Gemeinschaft die Einzelnen dann unterstützt, wenn sie etwa aufgrund von Krankheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit oder Alter nicht für sich selbst sorgen können.



Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) ist Oppositionsführer im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Wie kann man diese soziale Gerechtigkeit heute umsetzen?

In kleinen Gemeinschaften wie Familien oder Betrieben lässt sich Gerechtigkeit durch direkte Kommunikation herstellen. Im größeren Rahmen der Gesellschaft ist das wegen der fehlenden Nähe der Mitglieder und der breit gefächerten Interessen nicht möglich. Hier ist es deshalb Aufgabe des Staates, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das ist nicht einfach, denn unsere Gesellschaft hat sich verändert und ändert sich weiter. Vor hundert Jahren hat kaum jemand darüber nachgedacht, dass es vielleicht nicht selbstverständlich sein könnte, dass Frauen zu Hause bleiben und die Kinder aufziehen.

Heute würden wir eine solche Vorstellung als äußerst ungerecht empfinden.

Und weil sich die Gesellschaft und ihre Vorstellungen von den Inhalten sozialer Gerechtigkeit ändern, müssen wir auch die Rahmenbedingungen immer wieder anpassen und verändern.

Wir haben heute zwei vorrangige Aufgaben:

Um allen Menschen ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen, müssen wir insbesondere für die bestmögliche Schul- und Berufsbildung für jeden sorgen. Ungerechtigkeit beginnt heute bei ungleichen Bildungschancen, Armut beginnt heute als Bildungsarmut.

Die zweite Aufgabe ist es, ein Netz zu schaffen, das den Einzelnen auffängt, wenn er zu fallen droht. In unserem Land hat die Sozialversicherung mit ihren verschiede-

nen Zweigen von Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall-, Renten- und Pflegeversicherung diese Aufgabe über lange Jahrzehnte hervorragend erfüllt.

Heute steht aber vor allem aufgrund des demografischen Wandels fest, dass sich unser System der sozialen Sicherung in seiner derzeitigen Gestalt nicht mehr finanzieren lässt. Es müssten immer weniger Menschen immer höhere Beiträge abverlangt werden. Das wäre nicht gerecht. Also müssen wir die Sozialversicherung umgestalten. Wir müssen uns auf die wirklich großen Risiken konzentrieren und uns dagegen absichern. Zu diesen Risiken zähle ich zum Beispiel schwere Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut.

Für die kleinen Risiken brauchen wir dagegen mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge der Bürgerinnen und Bürger. Aber wenn wir mehr Eigenleistung erwarten, müssen wir im Gegenzug dafür sorgen, dass sich die Menschen darauf verlassen können, dass die Absicherung der großen Risiken für jeden dauerhaft und verlässlich ist.

Als ein Beispiel möchte ich die Rentenversicherung anführen:

Wo sich bisher die Menschen darauf verlassen durften, dass der Staat mit der gesetzlichen Rentenversicherung für eine hinreichende Absicherung im Alter sorgt, macht es der demografische Wandel jetzt notwendig, das Verhältnis der drei Säulen von gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersversorgung zueinander neu auszubalancieren. Die gesetzliche Rente wird nur noch eine Basissicherung gewährleisten können. Die betriebliche Rente wird an Bedeutung gewinnen. Dafür ist aber Voraussetzung, dass die Erträge aus den Betriebsrenten nicht im Nachhinein geschmälert werden dürfen. Und schließlich müssen wir über eine Pflicht zu einer zusätzlichen, kapitalgedeckten Altersvorsorge nachdenken. Eine Verpflichtung der Menschen zu einer zusätzlichen Altersvorsorge halte ich für notwendig, um jedem eine sichere Lebensplanung und im Alter ein hohes Maß an Verlässlichkeit zu ermöglichen. Mit dem neuen „Mix“ der Altersvorsorgeformen kann eine angemessene Absicherung im Alter für die Menschen erreicht werden.

Dies alles umzusetzen wird nicht einfach. Auch Einschnitte bei den Einzelnen werden nicht in allen Fällen zu verhindern sein. Wichtig ist aber vor allem eins: dass das Grundprinzip der sozialen Gerechtigkeit gewahrt bleibt. Das sind wir uns und den kommenden Generationen schuldig. ◀

Hilflosigkeit allemal

Über die Schwierigkeiten von Caritas und Kirche beim Thema „soziale Gerechtigkeit“

Ich glaube, noch nie bin ich ein Thema so unsicher angegangen wie dieses. Nichts geht einem locker aus der Hand. Woran liegt das? Am Thema, das sich bislang locker aus der Kirchenwarte heraus schreiben ließ, im Besitz der immer währenden Wahrheit, im Besitz der katholischen Soziallehre und entsprechender Grundlagen aus päpstlichen Verlautbarungen, bischöflichen Worten, Stellungnahmen des Dachverbandes.

Aber auf einmal ist alles anders. Weil wir, Caritasverbände und die Diözesen, selbst betroffen sind, selbst „Maßnahmen“ vornehmen müssen, die denen, die wir immer verurteilt haben, sehr ähneln. Und das Vokabular wird auf einmal auch ähnlich. Was nun?

Ich schreibe dies auch deshalb so unsicher, weil ich in verantwortlicher Position bei einem Verband arbeite, der gerade jetzt selbst Kündigungen ausgesprochen hat, und das nicht zu knapp. Ich habe viele Kündigungsgespräche selbst geführt, stellvertretend, aber eben Auge in Auge, oft verletzten Augen gegenüberstehend. Menschen gegenüberstehend, die oft viele Jahre treu und überzeugend ihren Dienst für Caritas und Kirche geleistet haben. Die versucht haben, ihren „Klienten“ ein guter Berater zu sein, zu helfen, „dass das Leben gelingt“.

Dies als Einführung. Dies nicht nur, um meine Befindlichkeit zu beschreiben, das wäre heutzutage unprofessionell, sondern um zum Kern zu kommen.

Die Kirche und die Caritas tun etwas, wogegen sie immer gekämpft haben: Sie bauen Arbeitsplätze ab. Sinkende Steuereinnahmen, fehlende Zuschüsse und Mitgliederschwund zwingen sie dazu.

Die Fragen nach Gerechtigkeit und Solidarität kommen plötzlich ganz nah an einen heran. Die Angst vor der im Trend liegenden Entsolidarisierung packt einen. Und dieser Trend, der von „denen da oben“, also den Habenden – den Ackermanns, Rogowskis, Essers –, gesetzt wird, ist ansatzweise auch bei uns zu spüren.

Soziale Gerechtigkeit, nur ein belächeltes Attribut aus vergangenen Zeiten? Friedhelm Hengsbach von der Jesuiten-Hochschule St. Georgen hat es für die Kirche deutlich beschrieben: „Noch 1997 hat es im Kirchenwort geheißt, dass es zu den solidarischen Sicherungssystemen keine Alternative gibt. Das hat sich leider geändert. ... die Kirchenführer wollen bei den weltlichen Eliten mitreden dürfen. Sie bewegen sich in Milieus, denen Not und Arbeitslosigkeit fremd sind, die keine

Ahnung haben, wie den Armen zumute ist, wie hart Millionen Bundesbürger um ein Leben in Würde kämpfen“ (Stern-Interview vom 20. 11. 2003).

Und er formuliert die gesellschaftliche Großwetterlage noch dramatischer: „Wir sind auf dem Weg in eine Wolfsgesellschaft ... Es ist verrückt, wie sich die Vermögenden, die Einkommensstarken, organisiert haben und auf jene eindreschen, die abhängig beschäftigt sind, arbeitslos sind oder Sozialhilfe beziehen. Es ist eine noch nie da gewesene Solidarisierung der Starken gegen die Schwachen.“ Starke Worte.

Ich gebe zu, ich bin ein hoffnungsloser Fall in der heutigen Zeit, ich huldige der katholischen Soziallehre und dem „rheinischen Kapitalismus“ nach wie vor.

Da erstaunt es mich doch sehr, dass in unserem Bistum ein katholischer Sozialethiker Armut „wesentlich auf den nicht angemessenen Umgang mit der Freiheit“ zurückführt. Weil Menschen beispielsweise durch fehlenden oder falschen persönlichen Einsatz in der Ausbildung in Armut leben, sei diese eben „nicht grundsätzlich ungerecht, sondern mitunter ein selbst zu verantwortendes Schicksal“. Das erkläre ich also jetzt unseren gekündigten Mitarbeiter/-innen, die in kurzer Zeit in den „Genuss“ der neuen Hartz-Gesetzgebung kommen und dann wahrlich an der Armutsgrenze stehen. Wie soll es aber weitergehen?

Bei den Kirchen ist bei den anstehenden Entscheidungen absolute Klarheit notwendig. Kirchliche „Maßnahmen“ müssen ausgerichtet sein an der katholischen Soziallehre, will nicht der letzte Rest an Glaubwürdigkeit verloren gehen. Alle Entscheidungen müssen sich an deren Prinzipien orientieren und überprüfen lassen.

Gesellschaftlich möchte ich für mich – und nur als solcher kann ich hier sprechen – weiterhin gerne als Altvorderer gelten, als Ewiggestriger, der sich noch an Prinzipien von Gerechtigkeit ausrichtet. So treibt es mir die Zornes- und Schamröte ins Gesicht, wenn ich Gehälter vergleiche. Zugegeben, die Quelle ist die BILD-Zeitung, aber die Zahlen werden schon stimmen: BILD hat kürzlich Monatsgehälter verglichen: Ein Herr Ackermann, Chef der Deutschen Bank, verdient monatlich 925.000 €, Thyssen-Krupp-Chef Ekkehard Schulz immerhin noch 185.000 €, Ulla Schmidt, Bundesgesundheitsministerin, nur 19.966 € monatlich, der Polier Siegfried Eutinger 2.800 €, die Intensiv-Krankenschwester Denise Angelle 2.350 €, die Bäckereifachverkäuferin Sylvia Frei satte 1.300 €, die Bürogehilfin Lydia Berger immerhin 670 €. Von den zukünftigen Beziehern von Arbeitslosengeld II mit 345 € reden wir noch nicht. Bei diesen Zahlen wird es irrwitzig, von sozialer Gerechtigkeit zu schreiben, deshalb stelle ich dies hiermit ein.



Rudi Löffelsend,
Pressesprecher der Caritas
im Ruhrbistum, Leiter
der Abteilung Migration
und soziale Dienste beim
DiCV Essen

Dieser Artikel gibt lediglich die persönliche Meinung des Autors kund und stellt keine Verbandsmeinung dar. (rl)



Neue Wirtschaftskonzepte

Von der (sozialen) Marktwirtschaft zur Gemeinwohl-Ökonomie

Von Joachim Sikora

1. Soziale Marktwirtschaft

Über viele Jahrzehnte haben wir in der Bundesrepublik Deutschland mit dem System der „sozialen Marktwirtschaft“ hervorragende Erfahrungen gemacht. Diese Wirtschaftsordnung ist durch die charakteristischen Merkmale Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital und Dienstleistungen bestimmt. Mit ihr verbindet sich eine Sozialordnung, die durch eine entsprechende Arbeitsmarktordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes umfassendes System der sozialen Sicherung geprägt wird.

2. Neoliberale Marktwirtschaft

Mit der ökonomischen Schule der „Chicago Boys“ um Milton Friedman¹ entwickelten sich in den 60er Jahren die Grundlagen des „Monetarismus“. Der Monetarismus führte zu einer Wiederbelebung des wirtschaftlichen Liberalismus als „Neoliberalismus“ mit dem Ziel, den in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Einfluss des Staates auf Wirtschaft und Gesellschaft zurückzudrängen.



Joachim Sikora (geb. 1940) hat Volkswirtschaft und Pädagogik studiert. Er ist Direktor des Katholisch-Sozialen Instituts in Bad Honnef. Kontakt: www.ksi.de

Eine weitere Entwicklung kam hinzu: die Konzeption des „Shareholder Value“. Sie wird von einem ihrer Vertreter so begründet: „In einer Marktwirtschaft, die die Rechte des Privateigentums hochhält, besteht die einzige (!) soziale Verantwortung

des Wirtschaftens darin, Shareholder Value zu schaffen ...“²

Durch die Politik des Monetarismus, Neoliberalismus und des Shareholder Value geraten die Unternehmen unter Druck, ihre Kosten zu senken, wenn sie überleben wollen. Das Zauberwort in diesem Zusammenhang heißt „Rationalisierung“, d. h. die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen. Ein weiterer Trend besonders großer Unternehmen und Konzerne sind Unternehmenszusammenschlüsse. Die zunehmende „Ver-

machung“ der Wirtschaft und Gesellschaft ist dabei ein höchst problematischer Aspekt, vor allem aber die damit verbundenen Entlassungswellen. Die weiteren Zauberworte sind: Flexibilisierung, Senkung der Unternehmenssteuern und der Lohnnebenkosten, Deregulierung und Privatisierung. In diesem Sinne wurde in den letzten drei Jahrzehnten rationalisiert, dereguliert und privatisiert.

Der „Erfolg“:

- ▶ Die Krisen im Staat (steigende Verschuldung der öffentlichen Hände, verbunden mit einem entsprechenden Anwachsen der Zinslasten; Finanzkollaps in vielen Gemeinden und möglicherweise der sozialen Sicherungssysteme; ständige Absenkung der Transferzahlungen),
- ▶ die Krisen in der Gesellschaft (schleichende Umverteilung von unten nach oben; steigender Zinsanteil an allen Gütern und Dienstleistungen; wachsende Armut; Anstieg der Sozialhilfe, deren Empfänger immer jünger werden; steigende private Verschuldung) und
- ▶ die Krisen in der Wirtschaft (steigende Arbeitslosigkeit; steigende Anzahl der Insolvenzen; steigende Wirtschaftsvermachtung und Konzentration) nehmen weiter zu.

3. Soziale Gerechtigkeit

Der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ besagt, dass es angesichts real unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen ein Gebot der Gerechtigkeit ist, bestehende Diskriminierungen aufgrund von Ungleichheiten abzubauen und allen Mitgliedern der Gesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Im „Gemeinsamen Wort“³ der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997 heißt es dazu in den Abschnitten 112 bis 114:

„In den Begriff der sozialen Gerechtigkeit drückt sich aus, dass soziale Ordnungen wandelbar und in die gemeinsame moralische Verantwortung der Menschen gelegt sind. Zur Verwirklichung von Gerechtigkeit gehört es daher, dass alle Glieder der Gesellschaft an der Gestaltung von gerechten Beziehungen und Verhältnissen teilhaben und in der Lage sind, ihren eigenen



Foto/Montage: Zelck

Gemeinwohlbeitrag zu leisten. „Suche nach Gerechtigkeit ist eine Bewegung zu denjenigen, die als Arme und Machtlose am Rande des sozialen und wirtschaftlichen Lebens existieren und ihre Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft nicht aus eigener Kraft verbessern können. Soziale Gerechtigkeit hat insofern völlig zu Recht den Charakter der Parteilichkeit für alle, die auf Unterstützung und Beistand angewiesen sind ... Sie erschöpft sich nicht in der persönlichen Fürsorge für Benachteiligte, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen.“⁴

Bei der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit kommt dem biblischen Ethos eine befreiende und eine stimulierende Funktion zu. Das biblische Ethos erschöpft sich nämlich nicht in der Forderung nach Gerechtigkeit. Das der menschlichen Person Zukommende und Gebührende ist mehr als Gerechtigkeit, nämlich persönliche Zuwendung, Liebe und Barmherzigkeit. So ist die Barmherzigkeit eine Erfüllung der Gerechtigkeit, die diese zugleich überbietet. Eben deshalb hebt die Barmherzigkeit die Forderung nach Gerechtigkeit nicht auf. Die christliche Barmherzigkeit setzt die Gerechtigkeit vielmehr voraus, und sie muss ihre Authentizität in der Motivation und in der Entschlossenheit zur Gerechtigkeit gegen jedermann, im Kampf gegen ungerechte Strukturen und im Einsatz für den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft erweisen.“

4. Strukturen der Gerechtigkeit – neue Wirtschaftskonzepte

Nachfolgend sollen sechs neue Sichtweisen genannt werden. Es geht dabei nicht um ein Entweder-oder,

sondern um ein Sowohl-als-auch. Die neoliberal dominierte Ökonomie soll leisten, was immer sie zu leisten vorgibt in der Lage zu sein. Sie soll so viel Arbeitsplätze wie möglich schaffen, so viel neue Unternehmen kreieren, was immer der Markt ermöglicht. Aber wenn sie es – trotz aller Versprechen und inzwischen erfolgten Zugeständnisse – nicht „packt“ – und daran sind nach über 30-jährigen Bemühungen berechnete Zweifel gestattet –, dann muss es auch Alternativen geben, neue Sicht- und Zugangsweisen.

Neben der dominanten neoliberalen Theorie und Praxis müssen auch andere konzeptionelle Zugänge, veränderte Strategien und erfahrbare Praxismodelle zur Diskussion gestellt und auf ihre Wirkung hin überprüft werden. Es gibt diese Alternativen. Sie finden sich unter einer breiten thematischen Begrifflichkeit: Sozialökonomie, Gemeinwesen-Ökonomie, Moralökonomie, Humanökonomie, Solidarökonomie, alternative Ökonomie, soziale Ökonomie, Non-Profit-Ökonomie, Not-for-Private-Profit-Ökonomie. Es existiert in Europa und weltweit eine Vielzahl unterschiedlicher Initiativen und Projekte

5. Vision einer „Gemeinwohl-Ökonomie“⁴⁵

Die „Gemeinwohl-Ökonomie“ baut auf sechs veränderten Denkansätzen auf:

► Die Erwerbsarbeits-Ökonomie wird zur Tätigkeits-Ökonomie erweitert

„Menschliche Arbeit ist nicht notwendigerweise Erwerbsarbeit“, heißt es im „Gemeinsamen Wort“ der Kirchen.⁶ Es geht auch bei der Lösung der Beschäftigungskrise darum, die „Dominanz der Erwerbsarbeit“ zu überwinden und die verschiedenen Formen



► von Tätigkeiten gesellschaftlich anzuerkennen und zu unterstützen. Da wären beispielsweise zu nennen: die Kulturtätigkeiten, die Bildungstätigkeiten, die Gemeinwohl- und Bürgertätigkeiten, die Nachbarschafts- und Selbsthilfetätigkeiten, die Familientätigkeiten.⁷

► **Der Geld-Ökonomie wird die Ökonomie der komplementären Geldsysteme – des „Regio“ – gegenübergestellt**

„Eine Komplementärwährung beruht auf dem Abkommen zwischen einer Gruppe von Menschen und/oder Unternehmen, eine neue Währung als Tauschmittel zu akzeptieren. Komplementär-Währungen sollen solche sozialen Funktionen erfüllen, die für das offizielle Währungssystem nicht vorgesehen sind.“⁸

Die Kombination von konventioneller Währungswirtschaft und einer „Gemeinwohl-Wirtschaft“ auf der Grundlage von Komplementär-Währungen könnte gemeinsam und gleichzeitig jene Wirtschaftsform bilden, die Lietaer als „integrierte Wirtschaft“ bezeichnet. Schon heute existieren weltweit etwa 1 900 Komplementär-Währungssysteme; in Deutschland entstehen zurzeit verschiedene Regional-Geld-Konzepte wie beispielsweise der „Chiemgauer“, der „Allgäuer“, der „Roland“ in Bremen, der „Haveltaler“ in Brandenburg, seit über 100 Jahren existiert das „Bethel-Geld“. Ihnen allen geht es um die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe, die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region, die Verhinderung von Geldspekulationen, die Erhöhung der Umsätze, demokratische Gestaltung der Spielregeln und die Kooperation mit Unternehmen, Vereinen, Banken.

► **Auf das Zins- und Zinseszins-System wird mit der „Parkgebühr“ für gehortetes Geld geantwortet**

Die Überlegenheit des Geldes gegenüber den anderen Waren, aus der heraus es erst zum Horten von Geld und zum Zins kommt, müsste abgebaut werden, um dem Horten und Spekulieren den Anreiz zu nehmen. Und da die Überlegenheit des Geldes ohnehin nicht auf irgendwelche Leistungen der Geldbesitzer zurückgeht, sondern dem Geld in seiner öffentlichen Funktion als Tauschmittel anhaftet, wäre es nur recht und billig, diese Vorteile des Geldes einzuebnen, zu neutralisieren. Das Horten von Geld müsste demnach – durch die Einführung einer Art „Parkgebühr“ – mindestens genauso teuer werden wie im Durchschnitt das Horten oder Lagern von Waren – erst dann wären gleiche Bedingungen zwischen Geldbesitzern und Warenbesit-

zern hergestellt, erst dann wäre die Überlegenheit der Geldbesitzer und die Abhängigkeit der übrigen Warenbesitzer aufgehoben, erst dann würden sich gleichberechtigte Partner als Kreditgeber und Kreditnehmer gegenüberstehen.

► **Auf die Forcierung der globalen Player wird mit der Entwicklung lokaler Wirtschaftskreisläufe reagiert**

Lokale Ressourcen dienen den Bedürfnissen der Menschen in der jeweiligen Region. So werden Transportverschwendungen vermieden, und die regionalen Marktpreise entsprechen stärker einer Realität des Verbrauchs.

► **Die monetarisierte Ökonomie wird mit der Zeit-Ökonomie kontrastiert**

Der Slogan „Zeit ist Geld“ sollte auch in der Realität seine Entsprechung finden, indem zwei gleichwertige Systeme nebeneinander aufgebaut werden. Und in der Tat entwickeln sich seit Jahren solche alternativen Zeit-Systeme in Form von Tauschringen, Talentbörsen und Senioren-Genossenschaften. Gegenwärtig existieren über 300 Tauschringe in Deutschland, die Zahl der Senioren-Genossenschaften dürfte an die 200 reichen. In diesen Projekten wird Zeit als Geld verrechnet. Es entsteht Einkommen, damit Kaufkraft, und zugleich werden Tätigkeiten zusätzlich finanziert, die sonst ungenutzt blieben.

► **Der ökologischen Raubbau-Ökonomie steht die zirkuläre Ökonomie gegenüber**

Eine wirtschaftliche Operationalisierung der Forderung nach Erhalt des Naturkapitals stellt das Konzept der „zirkulären Ökonomie“ dar. Es umfasst folgende Regeln:

1. Der Natur dürfen nur so viele nachwachsende Rohstoffe entnommen werden, wie sie regenerieren kann.
2. Es dürfen nur so viele Schadstoffe ausgestoßen werden, wie die ökologischen Systeme assimilieren können.
3. Der Verbrauch nicht nachwachsender Ressourcen ist durch die Schaffung entsprechender Substitute zu kompensieren, die nachfolgenden Generationen gleiche Wohlstandschancen ermöglichen.
4. Das Zeitmaß der menschlichen Eingriffe muss in einem ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der natürlichen Prozesse stehen.⁹



Foto/Montage: Zelck

6. Der Staat muss dem Gemeinwohl dienen

In der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute, „Gaudium et spes“ (1965),¹⁰ heißt es in Abschnitt 74: „Die politische Gemeinschaft besteht also um dieses *Gemeinwohls* willen; in ihm hat sie ihre letztgültige Rechtfertigung und ihren Sinn, aus ihr leitet sie ihr ursprüngliches Eigenrecht ab. Das *Gemeinwohl* aber begreift in sich die Summe aller jener Bedingungen gesellschaftlichen Lebens, die den einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommnung voller und ungehinderter zu erreichen gestatten.“ ◀

1 **Friedman, Milton**, *Kapitalismus und Freiheit*, Eichborn-Verlag, Frankfurt a. M. 2002

2 **Rappaport, Alfred**, *Shareholder Value – Ein Handbuch für Manager und Investoren*, 2. Auflage, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart 1999, S. 6

3 **Gemeinsame Texte Nr. 9**, „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz, herausgege-

ben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn und Hannover 1997, S. 46f.

4 **Gemeinwohl und Eigennutz**. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1991, Ziff. 155

5 Vgl. **Sikora, Joachim**, *Vision einer Gemeinwohl-Ökonomie – Auf der Grundlage einer Komplementär-Währung*, Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln, Bad Honnef 2001

6 **Gemeinsame Texte Nr. 9**, „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, a. a. O., S. 62ff.

7 **Sikora, Joachim**, *Vision einer Tätigkeitsgesellschaft*, Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln, 2. Auflage, Eigenverlag, 2002

8 **Lietaer, Bernard A.**, *Das Geld der Zukunft*, 2. Auflage, Rieman-Verlag, München, S. 55

9 **Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages**, *Schutz des Menschen und der Umwelt*, 1994, S. 32

10 **Texte zur katholischen Soziallehre**, herausgegeben vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, 8., erweiterte Auflage, Bornheim 1992, S. 366

Die ungekürzte Fassung dieses Aufsatzes mit detaillierten Erläuterungen und Erklärungen zu den genannten neuen Wirtschaftskonzepten finden Sie unter www.caritas-nrw.de.



Fachlichkeit neu definieren

Podiumsdiskussion der überregionalen Akademien der verbandlichen Caritas zum Jahresthema „Soziale Berufe“

Von Jürgen Sauer

Haben soziale Berufe Zukunft in einem Sozialstaat, dem die Puste auszugehen scheint? Eine spannende Frage, der jetzt eine Podiumsdiskussion in der Paderborner IN-VIA-Akademie nachging. Anlass war eine gemeinsame Fachtagung von zehn überregionalen Akademien der verbandlichen Caritas in Deutschland.

Im Mittelpunkt der Tagung stand das Caritas-Jahresthema „Soziale Berufe. Wir sehen uns“. Die Ausgangslage der von Dr. Thomas Broch, Pressesprecher des Deutschen Caritasverbandes, moderierten Diskussion könnte kaum irritierender sein. Keine andere Berufsgruppe in Deutschland hat seit 1950 eine derartige Expansion erlebt wie Sozial- und Gesundheitsberufe. Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Dortmund) wies nach, dass selbst noch in den letzten zehn Jahren, als die Beschäftigungszahlen in Deutschland insgesamt stagnierten, die Zahl der Mitarbeiter in sozialen Berufen von 650 000 auf fast eine Million stieg. Doch das Bild von der glänzenden Erfolgsgeschichte ist trügerisch. Mit der Ausweitung sozialer Angebote, so Rauschenbach, stellt sich immer schärfer die Kostenfrage. Auch die Arbeitslosigkeit unter Sozialberufen steigt. Doch trotz aller Krisen- und Abbauszenarien zählt Rauschenbach soziale Dienste zum „alternativlosen Grundinventar“ einer modernen, humanen Gesellschaft.

Für Wolfgang Döring, Behindertenseelsorger in Bielefeld-Bethel und selbst schwerstmehrfachbehindert, lautet allerdings die Kernfrage, wie lange dieses „Grundinventar“ noch gesellschaftlich konsensfähig bleibt. Döring, der eindrucksvoll darstellte, wie aus Menschen mit

Behinderungen „Fälle“ für Kostenträger und Objekte entwürdigender Leistungsdokumentationen werden, plädierte dafür, das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen zum Ausgangspunkt für die Zukunftsfrage sozialer Berufe zu machen. Die Frage, ob es nicht besser sei, Betroffene mit einem persönlichen Budget auszustatten, statt Einrichtungen zu finanzieren, wird zurzeit auch im Deutschen Caritasverband diskutiert, wie dessen Präsident Dr. Peter Neher betonte. Er gestand allerdings ein, dass die Frage der so genannten Subjektförderung auf den Widerstand vieler Träger stoße.

Barbara Steffens, Sozialexpertin in der NRW-Landtagsfraktion der Grünen und Sprecherin der Enquete-Kommission Zukunft der Pflege, kritisierte, dass die „Geizist-geil“-Mentalität inzwischen auch den Sozialbereich erfasst habe. „Niemand ist bereit, mehr Geld ins System zu stecken.“ Dies sei kein Problem der Politik, sondern der Gesellschaft. „Jeder Einzelne muss sich fragen, was er sich zumuten möchte, wenn er beispielsweise im Alter Pflege benötigt.“

Vertreter von Aus- und Weiterbildungsstätten beklagten, dass es nicht möglich ist, seit Jahrzehnten vorliegende theoretische Erkenntnisse zur Weiterentwicklung sozialer und gesundheitlicher Berufe umzusetzen. „Die Wissenschaft ist weiter als die Praxis“, beklagte Veronika Koch, Pflegewissenschaftlerin aus Osnabrück und Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes. Statt Orientierung an Bedürfnissen von Hilfeempfängern, statt Aktivierung von Betroffenen oder der systematischen Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen verlange das System eine andere Form der Fachlichkeit. Diese werde z. B. von den Kostenträgern vorgegeben. Die verbandliche Caritas müsse hier mutiger werden, auch neue Wege zu gehen und dabei nicht erst auf die Politik zu warten, so der Tenor der Diskussion. ◀



Wertegemeinschaft ist Ziel

Caritas in NRW: Wohlstand allein reicht nicht aus für gemeinsame europäische Identität

Rund 60 Führungs- und Leitungskräfte der NRW-Caritasverbände beschäftigten sich wenige Wochen vor der EU-Osterweiterung auf einer Fachtagung mit den sozialpolitischen Perspektiven Europas. Im Mittelpunkt stand die Sorge, dass das deutsche System der Wohlfahrtspflege Opfer von europäischen Harmonisierungsbestrebungen wird, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

„Auf Dauer gibt es keine Alternative zu einer gesamt-europäischen Integration“, sagte auch der Präsident der Caritas Ukraine, Andrij Waskowycz, im Essener Kardinal-Hengsbach-Haus. Für Caritas Europa sei es eine echte Herausforderung, an der Lösung der anstehenden Fragen wie der Migrationsthematik mitzuarbeiten, erörterte Waskowycz. „Der Aufwand, Menschen auszugrenzen, ist höher, als eine Legalisierung der Migration zu ermöglichen. Migration wird immer Teil europäischer Realität sein.“

NRW gibt Rückendeckung

„Die Förderung der Beitrittsländer hat für uns absolute Priorität, auch wenn dadurch ab 2006 weniger Geld nach NRW kommt“, betonte NRW-Europaminister Wolfram Kuschke. Der Chef der Staatskanzlei befasste sich mit den Auswirkungen der Erweiterung für Nordrhein-Westfalen. Zwar bekomme das Land auch weiterhin Strukturförderung von der EU, den Vorrang der neuen Länder müsse man aber akzeptieren. Angesichts hiesiger Arbeitsmarktprobleme sei die Angst vor einer übermäßigen Zuwanderung im Zuge der EU-Erweiterung weit verbreitet. Laut einer Studie würden 30 000 bis 50 000 Migranten nach Nordrhein-Westfalen kommen. Allerdings zeige die Erfahrung in Spanien und Portugal, dass viele wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten, sagte Kuschke zur Europa-Erweiterung. Kuschke weiter: Angesichts der großen Herausforderungen, die die Erweiterung dem Land bringe, müsse man auch weiter über eine europäische Sozialpolitik diskutieren. Die Rahmenkompetenz der EU in der Daseinsvorsorge hält Kuschke allerdings für überflüssig.

Sie war kürzlich im Verfassungsentwurf verankert worden. Kuschke betonte, dass für die Umsetzung der Sozialpolitik nach wie vor überwiegend die Nationalstaaten zuständig seien. Auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen des Landes enger würden: „Die Daseinsfürsorge und die sozialen Dienste, die überwiegend die Wohlfahrtsverbände erbringen, haben einen hohen Stellenwert für die Landesregierung.“ Insgesamt brauche man eine funktionierende soziale Demokratie in Europa, um die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit zu erreichen. Kuschke: „Sozialpolitische und wirtschaftliche Ziele müssen auf der europäischen Ebene gleichrangig sein.“

Elisabeth Schroedter, Europa-Abgeordnete der Grünen, empfahl bei einer Podiumsdiskussion, sich in einem europäischen Wohlfahrtsverband zusammenzuschließen. „Nur so kann die nötige Lobbyarbeit geleistet werden.“ Die Aufgaben seien dabei so groß wie die Chancen der Wohlfahrtsverbände: „Im Aufbau der Erweiterungsstaaten wird erstmals in der Strukturpolitik der Sozialschutz als förderungswürdig betrachtet.“ Das sei eine Möglichkeit für die erfahrenen Verbände, in den Beitrittsländern tragende und sinnvolle Hilfsstrukturen zu schaffen. „Wir sind auf die Wohlfahrtsverbände angewiesen.“

Die Chancen sieht EU-Politiker Wilfried Kuckelkorn eher kritisch: „Ich wage zu bezweifeln, dass die Wohlfahrtsverbände das versprochene Geld für ihre Arbeit in den neuen Ländern bekommen“, so der SPD-Europa-Parlamentarier. Das könne die EU angesichts der selbst gestellten Aufgaben wie z. B. in der Sicherheitspolitik nicht finanzieren. „Es wäre viel gewonnen, wenn man die schon bewilligten Mittel erst mal ausgeben würde“, so Kuckelkorn. Ohnehin sei die EU bestrebt, die sozialen Standards aller Länder anzugleichen, um die Abwanderung aus den neuen in wirtschaftlich stärkere EU-Staaten zu verhindern. „Die Folge dieser Angleichung der Sozialsysteme wird eine Deregulierung der sozialen Leistung sein.“

„Die sozialpolitischen Kompetenzen müssen in jedem Fall bei den einzelnen Staaten bleiben“, forderte Prof. Dr. Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes. Eine Angleichung der Systeme sei aufgrund der unterschiedlichen ökonomischen Aus-

- ▶ gangssituationen der Mitgliedstaaten weder sinnvoll noch möglich. Cremer erteilte damit den Diskussionen um mehr sozialpolitische Kompetenzen für die Europäische Kommission eine Absage. Mit einem Belassen der Aufgabenverteilung bleibe auch die finanzielle Unterstützung der Wohlfahrtsverbände in nationaler Verantwortung – „und das muss auch so sein“. Außerdem sei die parallele Existenz der Sozialsysteme ein entschiedener Vorteil für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen in Europa. Den Wettbewerb zwischen freien und gewerblichen Trägern scheut Cremer nicht. In Deutschland lebe man schon länger mit dieser Situation. „Wir sind dann aber für einen freien Wettbewerb, nicht unter Ausschluss der freien Träger.“ – „Die Perspektive von Kirche und Caritas im erweiterten Europa liegt in der Vermittlung von Werten, Wohlstand allein reicht nicht aus. Wir brauchen eine

Wertegemeinschaft in Europa“, sagte der Caritasdirektor der Diözese Münster, Heinz-Josef Kessmann, zum Abschluss des Europa-Forums. Christliche Werte wie Völkerverständigung, sozialer Ausgleich in der „einen“ Welt entstammen einer Tradition, die eben nicht rein materiell oder marktwirtschaftlich orientiert ist. „Eine demokratische Organisation braucht die Mitsprache der Verbände in der Sozialpolitik.“ Die Nicht-Regierungs-Organisationen müssen ihren Auftrag bei der Mitgestaltung der Sozialpolitik als Gegenüber staatlicher Institutionen wahrnehmen und einfordern. In diesem Zusammenhang verwies er auf das Spannungsfeld zweier unvereinbarer Positionen zur Sozialpolitik, die von einigen als Notwendigkeit zur Vervollständigung der Wirtschaftspolitik gesehen würde, von anderen hingegen als eigenständige Politik. Diesem Spannungsfeld muss sich die Caritas stellen. ◀ *mik. cg. rl. ml*

Für die Kinder nur das Beste?

Symposium zur Qualität von Bildung und Betreuung von Kindern im Grundschulalter

Der Einführung von Ganztagschulen will die NRW-Landesregierung die Horte opfern. Am stärksten betroffen sind gerade sozial benachteiligte Kinder. Dabei wäre es im politischen Streit notwendig, das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen. Daran erinnerte kürzlich eine hochkarätig besetzte Fachtagung des Diözesan-Caritasverbandes Köln.

An 75 % der Grundschulen sollen nach den Vorstellungen der rot-grünen Landesregierung für 200 000 Kinder nachmittägliche Betreuungsangebote geschaffen werden. Die Jugendhilfe, Sportvereine, Musikschulen, Bibliotheken sowie engagierte Eltern und sonstige Institutionen im Sozialraum sollen sich daran beteiligen. Auf überörtliche Vorgaben zu fachlichen Standards und Qualitäten verzichtet die Landesregierung dabei weitgehend.

Die wesentlichste Steuerung folgt über die Landesförderung, die einen jährlichen Zuschuss pro Kind vorsieht, der etwa um zwei Drittel unter der bisherigen durchschnittlichen Förderung eines Hortplatzes liegt. Die offene Ganztagsgrundschule wird finanziert durch die eingesparten Mittel aus der Hortförderung, durch

einen kommunalen Eigenanteil, durch Elternbeiträge und sonstige Quellen.

Die Kirchen setzen sich mit der landesweiten Kampagne „Pro Hort“ für den Erhalt der Hortfinanzierung ein. Träger sind die Bistümer Köln, Essen und Paderborn mit ihren Caritasverbänden, zahlreiche evangelische Kirchenkreise, der Landesverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die Gewerkschaft ver.di sowie 400 Persönlichkeiten aus Politik und Kirche.

Der Kampagne geht es darum, die Streichung der Hortförderung rückgängig zu machen, so der Initiator, der Kölner Generalvikar Norbert Feldhoff, auf einem Symposium des Diözesan-Caritasverbandes. Unterschiedliche Familiensituationen erforderten unterschiedliche Angebote. Der Caritas gehe es dabei nicht primär um Lobbyismus für kirchliche Einrichtungen, sondern vor allem um den Einsatz für Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten.

Karl Janssen, Beigeordneter der Stadt Recklinghausen, formulierte die immer wieder vorgetragene Kritik von Wissenschaftlern, Pädagogen und Fachkräften so: „Bei der offenen Ganztagschule geht es um eine Billigbetreuung von Schulkindern, das hat nichts mit Bildungs- und schon gar nichts mit Betreuungsqualität zu tun.“

Dass Armut von Kindern in Deutschland heute eine weit verbreitete und erschreckende Realität ist, machte Gerda Holz vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Frankfurt deutlich. Deutschland hat heute in der EU hinter Irland die zweithöchste Kinderarmutsquote. Armut im Vorschulalter hinterlässt deutliche Spuren und ist prägend für die Zukunft der Kinder, so Frau Holz. Gerade am Anfang der Schulzeit ist es wichtig, dass Kinder – außerhalb der Familie – sozial eingebunden sind. Anders gesagt: Soziale Inklusion in dieser kindlichen Entwicklungsphase und damit verbunden die eigenständige Herausbildung sozialer Kompetenzen der Kinder sind die Grundlage für eine erfolgreiche Schulkarriere. Maßnahmen zur Förderung sozialer Inklusion aller Kinder werden schon in der Grundschule nicht ausreichend realisiert, so die These von Frau Holz. Würde Politik solche Analysen ernst nehmen, müssten eigentlich viel mehr pädagogisch qualifizierte Einrichtungen gefördert werden als bisher. Genau hier liege die „zentrale Schwachstelle der deutschen Bildungsarchitektur“, so der Gesellschaftsökonom Stefan Sell aus Koblenz: „Unten“ werde „zu wenig“ und „oben“ relativ gesehen „zu viel“ Geld ausgegeben. Der Elementar- und Primarbereich seien unterfinanziert.

Sell konnte Berechnungen vorlegen, wonach im Jahr 2002 in Deutschland 10,5 Mrd. Euro für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen ausgegeben wurden, während sich die Ausgaben für die allgemein bildenden Schulen auf über 38 Mrd. Euro und für die Hochschulen auf über 19 Mrd. Euro beliefen.

Neuere empirische Forschungsbefunde zeigten, so Sell, dass es hinsichtlich der volkswirtschaftlichen wie auch der individuellen positiven Nutzeneffekte einen klaren Zusammenhang gibt zwischen dem Zeitpunkt der Investition und der Qualität der Intervention: „Früh investieren statt später reparieren.“

Schärfe in der politischen Debatte

Durchweg alle Wissenschaftler und Experten waren sich auf der Tagung einig in der Ablehnung einer massenhaften Billigbetreuung unter dem Dach der offenen Ganztagsgrundschule. Rainer Strätz, stellvertretender Leiter des Sozialpädagogischen Instituts (SPI) in Köln, sprach sich – wie schon viele vor ihm – für „die gleiche Augenhöhe von Jugendhilfe und Schule“ aus. Er plädierte für Kooperationen zwischen Ganztagsgrundschule und Horten und erläuterte interessante Beispiele dazu aus anderen Bundesländern. Strätz wies darauf hin,



„Kinder brauchen Zukunft“ und Experten runzeln die Stirn. Podiumsdiskussion zum Abschluss des Bensberger Symposiums zur Qualität außerunterrichtlicher Bildung und Betreuung von Kindern im Grundschulalter: Moderatorin Kirsten Boldt, Prof. Dr. Johann Michael Gleich, Kath. Fachhochschule Köln, Kölns Generalvikar Dr. Norbert Feldhoff, Prof. Dr. Peter Tettinger, Universität Köln, Institut für öffentliches Recht (v. l. n. r.).

dass die Verwaltungsvereinbarung „Zukunft Bildung und Betreuung“ zwischen Bund und Ländern Kooperationsmodelle zwischen Hort und Ganztagschulen ausdrücklich als zukunftsweisend und förderungswürdig benennt. Offenbar habe der von vornherein mitgedachte Abbau der Horte zugunsten der offenen Ganztagsgrundschule in NRW eine Schärfe in die politische Debatte hereingebracht, die in anderen Bundesländern so nicht existiere. „Es wäre sicher besser gewesen, auf die Weiterentwicklung des bestehenden Angebotes zu setzen statt auf Konfrontation“, so die deutliche Kritik am Vorgehen der NRW-Landesregierung. Strätz plädierte für die Beibehaltung und Förderung einer Angebotsvielfalt, „damit Eltern mehr Möglichkeiten haben, für ihr Kind dasjenige Angebot auszuwählen, das ihren Vorstellungen und ihren Bedürfnissen am ehesten entspricht“.

Ob es in Zukunft ein vielfältiges Angebot geben wird, hängt jetzt in erster Linie von den Kommunen ab. Nicht wenige sind in der Versuchung, die Bundeszuschüsse für die Sanierung maroder Schulgebäude zu nutzen und mit dem durch Landeszuschüsse und Elternbeiträge eingesparten Geld ihre defizitären Haushalte zu entlasten. Andere Kommunen begreifen die Kosten für vielfältige und qualifizierte Betreuungs- und Bildungsangebote als Investitionen in die Zukunft, die sich eines Tages rentieren werden. ◀

Markus Lahrmann